

LANDKREIS
HAVELLAND

Amtsblatt

für den Landkreis Havelland

Herausgeber: Landkreis Havelland, Der Landrat, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow
Redaktion: Pressestelle, Caterina Rönnert, Norman Giese
Erscheinungsweise: unregelmäßig

Das Amtsblatt erscheint in unregelmäßigen Abständen nach Bedarf und liegt in den Bürgerservicebüros der Dienstgebäude Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow, Goethestr. 59/60, 14641 Nauen und Dallgower Straße 9, 14612 Falkensee zur kostenlosen Abholung bereit. Außerdem kann das Amtsblatt im Internet unter der Adresse www.havelland.de abgerufen werden und es kann für 1 € + Porto schriftlich bestellt werden über: Landkreis Havelland, Der Landrat, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow.

Der kostenlose Nachdruck ist mit Quellenangabe gestattet.

Alle im Amtsblatt des Landkreises Havelland veröffentlichten Beschlussvorlagen für die in öffentlichen Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der weiteren Ausschüsse des Landkreises zu behandelnden Tagesordnungspunkte liegen vom Tag der öffentlichen Bekanntmachung der Sitzungen bis zum Tag der betreffenden Sitzung während der Stunden, in denen die Kreisverwaltung für den Besucherverkehr geöffnet ist, zur Einsichtnahme für jedermann in den Bürgerservicebüros der Dienstgebäude Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow, Goethestr. 59/60 in 14641 Nauen und Dallgower Str. 9 in 14612 Falkensee aus.

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Bekanntmachung

*Verordnung zur Festsetzung des
Wasserschutzgebietes Gohlitz* 153

Öffentliche Bekanntmachung

einer Sitzung des Kreis Ausschusses 167

Öffentliche Bekanntmachung

*einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen/
Beteiligungen/ Vergaben/ Rechnungsprüfung* 173

Öffentliche Bekanntmachung

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 03.07.2023 die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Gohlitz (Beschluss-Nr.: BV-0372/23) beschlossen. Sie wird nachfolgend in ihrem vollständigen Wortlaut und mit der Übersichtskarte veröffentlicht.

Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Gohlitz

Auf Grund des § 51 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3 und Absatz 2 und des § 52 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), in Verbindung mit § 15 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 3 des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.03.2012 (GVBl. I Nr. 20), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.12.2017 (GVBl. I Nr. 28) neu gefasst worden ist, verordnet der Landkreis Havelland:

§ 1

Allgemeines

- (1) Zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wasserfassungen des Wasserwerkes Gohlitz das in § 2 näher umschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt. Begünstigter ist der Wasser- und Abwasserverband „Havelland“.
- (2) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in den Fassungsbereich (Zone I), in die engere Schutzzone (Zone II) und in die weitere Schutzzone (Zone III).

§ 2

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Lage und Größe des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen ergeben sich aus der Beschreibung in der Anlage 2, der Übersichtskarte in der Anlage 3 und den in Absatz 2 genannten Karten.
- (2) Die Schutzzonen sind in der topografischen Karte im Maßstab 1:10 000 und in der Liegenschaftskarte im Maßstab 1:2 500, die aus vier Blättern besteht, dargestellt. Für die Abgrenzung der Schutzzonen ist die Darstellung in der Liegenschaftskarte maßgebend.
- (3) Die in Absatz 2 genannten Karten sind bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Havelland und bei der Stadt Nauen hinterlegt und können dort während der Dienststunden von jedermann kostenlos eingesehen werden. Diese Karten sind mit dem Dienstsiegel des Landkreises Havelland versehen. Weitere so gesiegelte Ausfertigungen der Karten befinden sich im Kreisarchiv.
- (4) Veränderungen der Topografie sowie von Flurstücksgrenzen oder -bezeichnungen berühren den räumlichen Geltungsbereich der Schutzzonen nicht.

§ 3 Schutz der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Geflügelkot, Festmist, Silagesickersaft, Gärresten, Wirtschaftsdüngern aus pflanzlichen Stoffen, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten, Pflanzenhilfsmitteln, gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten und Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder sonstigen Düngemitteln mit im Sinne des § 2 Nummer 11 der Düngeverordnung wesentlichen Nährstoffgehalten an Stickstoff oder Phosphat,
 - a) wenn die Düngung nicht im Sinne des § 3 Absatz 1 und 2 sowie § 11 der Düngeverordnung in betriebsspezifisch analysierten zeit- und bedarfsgerechten Gaben und nicht durch Geräte, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen, erfolgt,
 - b) wenn die Nährstoffzufuhr auf landwirtschaftlichen oder baumschulischen Nutzflächen schlagbezogen mehr als 120 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar pro Düngejahr aus organischen Düngern ohne Stall- und Lagerungsverluste beträgt,
 - c) wenn keine schlagbezogenen Aufzeichnungen über die Zu- und Abfuhr von Stickstoff und Phosphat erstellt und mindestens sieben Jahre lang nach Ablauf des Düngejahres aufbewahrt werden, ausgenommen auf baumschulisch genutzten Flächen,
 - d) auf abgeerntetem Ackerland, wenn nicht entsprechend der Anforderungen des § 6 Absatz 9 der Düngeverordnung unmittelbar Folgekulturen einschließlich Zwischenfrüchte angebaut werden,
 - e) auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen ab dem Zeitpunkt, ab dem die Ernte der letzten Hauptfrucht abgeschlossen ist, bis zum 15. Februar,
 - f) auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen bei Verwendung von Gülle, Jauche, sonstigen flüssigen organischen oder organisch-mineralischen Düngemitteln einschließlich Gärresten vom 15. September bis 1. März,
 - g) auf Brachland oder stillgelegten Flächen, ausgenommen bedarfsgerecht mit festem organischem Dünger auf zeitlich begrenztem Brachland bei einem Kulturwechsel im Rahmen einer Baumschulbewirtschaftung,
 - h) auf wassergesättigten, oberflächlich oder in der Tiefe gefrorenen oder schneebedeckten Böden oder
 - i) auf ackerbaulich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen mit einem zu erwartenden Flurabstand des Grundwassers von 50 Zentimetern oder weniger;
2. das Lagern oder Ausbringen von Fäkalschlamm oder Klärschlämmen aller Art einschließlich in Biogasanlagen behandelter Klärschlämme, Abfällen aus der Herstellung und Verarbeitung nicht landwirtschaftlicher Erzeugnisse und von nicht gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten, ausgenommen die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen und Ausbringung im Garten;
3. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Dunglagerstätten, ausgenommen befestigte Dunglagerstätten mit Sickerwasserfassung und dichtem Jauchebehälter, der über eine Leckageerkennungseinrichtung verfügt;

4. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Erdbecken zur Lagerung von Gülle, Jauche, Silagesickersäften oder von Gärresten;
5. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle, Jauche, Silagesickersaft, Gärresten oder flüssigem Kompost aus landwirtschaftlicher Herkunft, ausgenommen Hochbehälter, bei denen Undichtigkeiten am Fußpunkt zwischen Behältersohle und aufgehender Wand sofort erkennbar sind und die über ein Leckanzeigesystem und Sammeleinrichtungen verfügen, wenn der Wasserbehörde
 - a) vor Inbetriebnahme,
 - b) bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung sowie
 - c) wiederkehrend alle fünf Jahreein durch einen Sachverständigen geführter Nachweis über die Dichtheit der Sammeleinrichtungen vorgelegt wird;
6. das Lagern von organischen oder mineralischen Düngemitteln auf unbefestigten Flächen oder auf nicht baugenehmigten Anlagen, ausgenommen das Lagern von Kompost aus dem eigenen Haushalt oder Garten;
7. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von ortsfesten Anlagen für die Silierung von Pflanzen oder die Lagerung von Silage, ausgenommen
 - a) Anlagen mit dichtem doppelwandigem Silagesickersaft-Sammelbehälter, der über ein Leckanzeigesystem verfügt, und
 - b) Anlagen mit Ableitung in dichtem doppelwandigem Jauche- oder Güllebehälter, der über ein Leckanzeigesystem verfügt,wenn der Wasserbehörde vor Inbetriebnahme, bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung, sowie wiederkehrend alle fünf Jahre ein durch einen Sachverständigen geführter Nachweis über die Dichtheit der Behälter und Leitungen vorgelegt wird.
8. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage außerhalb ortsfester Anlagen, ausgenommen Ballensilage im Wickelverfahren;
9. das Errichten oder Erweitern von Stallungen oder Unterständen für Tierbestände, ausgenommen für die Kleintierhaltung zur Eigenversorgung;
10. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 1 Nummer 1, wenn die Ernährung der Tiere nicht im Wesentlichen aus der jeweils beweideten Grünlandfläche erfolgt oder wenn die Grasnarbe flächig verletzt wird, ausgenommen Kleintierhaltung für die Eigenversorgung;
11. die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, außer auf baumschulisch, erwerbsgärtnerisch, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen,
 - a) wenn die Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen eingehalten werden,
 - b) wenn der Einsatz durch Beachtung der allgemeinen Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes auf das notwendige Maß beschränkt wird,
 - c) wenn auf erwerbsgärtnerisch, land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen flächenbezogene Aufzeichnungen nach dem Pflanzenschutzgesetz und bei baumschulisch genutzten Flächen zur Containerproduktion betriebliche

- Aufzeichnungen geführt und mindestens sieben Jahre lang nach dem Einsatz aufbewahrt werden,
- d) wenn ein Abstand von mehr als 10 Metern zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird,
 - e) wenn die Anwendung nicht der Bodenentseuchung dient und
 - f) wenn die Anwendung nicht auf Dauergrünland und Grünlandbrachen erfolgt;
12. die Anwendung von Biozidprodukten, insbesondere aus den Produktarten 8, 14, 18 und 19 des Anhangs V der Verordnung über Biozidprodukte (EU) Nr. 528/2012, wenn ein Eindringen in den Boden oder das Grundwasser nicht ausgeschlossen werden kann, außer auf baumschulisch, erwerbsgärtnerisch, land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen,
- a) wenn die Zulassungs- und Anwendungsbestimmungen eingehalten werden,
 - b) wenn der Einsatz auf das notwendige Maß beschränkt wird,
 - c) wenn auf erwerbsgärtnerisch, land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen flächenbezogene Aufzeichnungen über den Einsatz und bei baumschulisch genutzten Flächen zur Containerproduktion betriebliche Aufzeichnungen über den Einsatz geführt und mindestens sieben Jahre lang nach dem Einsatz aufbewahrt werden,
 - d) wenn ein Abstand von mehr als 10 Metern zu oberirdischen Gewässern eingehalten wird,
 - e) wenn die Anwendung nicht der Bodenentseuchung dient und
 - f) wenn die Anwendung nicht auf Dauergrünland und Grünlandbrachen erfolgt;
13. die Beregnung landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzter Flächen, wenn die Beregnungshöhe 20 Millimeter pro Tag oder 60 Millimeter pro Woche überschreitet;
14. das Errichten oder Erweitern von Gartenbaubetrieben oder Kleingartenanlagen, ausgenommen Gartenbaubetriebe, die in geschlossenen Systemen produzieren;
15. die Erstanlage oder Erweiterung von Baumschulflächen, forstlichen Pflanzgärten, Weihnachtsbaumkulturen sowie von gewerblichem Wein-, Hopfen-, Gemüse-, Obst- oder Zierpflanzenanbau, ausgenommen Gemüse- und Zierpflanzenanbau unter Glas in geschlossenen Systemen und die Containerproduktion von Baumschulprodukten, wenn deren Konditionierung auf versiegelter Fläche erfolgt;
16. der Umbruch von Dauergrünland oder von Grünlandbrachen, ausgenommen, wenn der Umbruch von Dauergrünland und Grünlandbrachen im Rahmen einer Erweiterung oder eines Kulturwechsels eines zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits bestehenden Baumschulbetriebes erfolgt. Dieser Umbruch ist bei der zuständigen Behörde anzuzeigen;
17. der Umbruch von Dauerbrachen in der Zeit vom 1. Juli bis 1. März, ausgenommen bei nachfolgendem Anbau von Winterraps;
18. das Anlegen von Schwarzbrachen im Sinne der Anlage 1 Nummer 2, ausgenommen, wenn das Anlegen von kurzfristigen Schwarzbrachen im Rahmen eines Kulturwechsels eines Baumschulbetriebes erfolgt;
19. Erstaufforstungen mit Nadelbaumarten oder Robinien;

20. die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart;
21. Holzerntemaßnahmen, die eine gleichmäßig verteilte Überschirmung von weniger als 60 Prozent des Waldbodens oder Freiflächen größer als 1. 000 Quadratmeter erzeugen, ausgenommen Femel- oder Saumschläge oder im Rahmen eines Baumschulbetriebes;
22. das Einrichten oder Erweitern von Holzlagerplätzen über 100 Raummeter, die dauerhaft oder unter Einsatz von Nassholzkonservierung betrieben werden;
23. Erdaufschlüsse im Sinne des § 49 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, selbst wenn Grundwasser nicht aufgedeckt wird, ausgenommen das Verlegen von Versorgungsleitungen und Entsorgungsleitungen und die Herstellung von Baugruben und Bohrungen;
24. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von
 - a) Bohrungen, welche die gering leitende Deckschicht über oder unter dem genutzten Grundwasserleiter verletzen können,
 - b) Grundwassermessstellen oder
 - c) Brunnen,ausgenommen das Errichten oder Erneuern von Brunnen zur erlaubnisfreien Benutzung des Grundwassers im Sinne des § 46 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des Wasserhaushaltsgesetzes nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik mit einer Tiefenbeschränkung von maximal 20 Metern unter Geländeoberkante nach § 49 Absatz 1 Satz 3 Wasserhaushaltsgesetz, und das Erneuern von Brunnen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik für Entnahmen mit zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung rechtskräftiger wasserrechtlicher Erlaubnis oder Bewilligung, wenn diese Arbeiten durch ein nachweislich fachkundiges und sachkundiges Unternehmen, zertifiziert nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 120-1 (DVGW: Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.) durchgeführt werden;
25. das Errichten von Anlagen mit Erdwärmesonden;
26. das Errichten oder Erweitern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes, ausgenommen
 - a) Anlagen der Gefährdungsstufen A und B gemäß § 39 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und
 - b) oberirdische Anlagen der Gefährdungsstufe C gemäß § 39 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,wenn diese doppelwandig ausgeführt und mit einem Leckanzeigesystem ausgerüstet sind oder wenn diese mit einem Auffangraum, der das maximal in der Anlage vorhandene Volumen wassergefährdender Stoffe aufnehmen kann, ausgerüstet sind;
27. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes außerhalb von zugelassenen Anlagen, Vorrichtungen und Behältnissen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist, ausgenommen
 - a) der Umgang mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft sowie Dünge- und Pflanzenschutzmitteln im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft entsprechend dieser Verordnung sowie
 - b) der Umgang mit haushaltsüblichen Kleinstmengen;

28. das Einleiten oder Einbringen von wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 Absatz 3 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in Gewässer;
29. das Errichten oder Erweitern von Rohrleitungsanlagen für wassergefährdende Stoffe, ausgenommen Rohrleitungsanlagen im Sinne des § 62 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes;
30. das Errichten von Anlagen zur behälterlosen Lagerung oder Ablagerung von Stoffen im Untergrund;
31. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall, tierischen Nebenprodukten oder bergbaulichen Rückständen, ausgenommen
 - a) die vorübergehende Lagerung in dichten Behältern,
 - b) die ordnungsgemäße kurzzeitige Bereitstellung von vor Ort angefallenem Abfall zum Abtransport durch den Entsorgungspflichtigen,
 - c) die Kompostierung von aus dem eigenen Haushalt oder Garten stammenden Pflanzenabfällen;
32. das Ein- oder Aufbringen von Abfällen, bergbaulichen Rückständen, Ersatzbaustoffen und Recyclmaterialien einschließlich Bodenmaterial und Baggergut in oder auf Böden oder deren Einbau in bodennahe technische Bauwerke;
33. das Errichten von Anlagen zum Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes, ausgenommen für medizinische Anwendungen sowie für Mess-, Prüf- und Regeltechnik;
34. das Errichten von Kraftwerken oder Heizwerken, die der Genehmigungspflicht nach Bundesimmissionsschutzrecht unterliegen, ausgenommen
 - a) mit Gas oder Sonnenenergie betriebene Anlagen,
 - b) mit Windkraft betriebene Anlagen bis zu 10 Meter Höhe gemessen von der Geländeoberfläche bis zum höchsten Punkt der vom Rotor bestrichenen Fläche und einem Rotordurchmesser bis zu 3 Meter;
35. das Errichten von Biogasanlagen;
36. das Errichten von Abwasserbehandlungsanlagen, ausgenommen
 - a) die Sanierung bestehender Abwasserbehandlungsanlagen zugunsten des Gewässerschutzes und
 - b) Abwasservorbehandlungsanlagen wie Fett-, Leichtflüssigkeits- oder Amalgamabscheider;
37. das Errichten, Erweitern, Sanieren oder Betreiben von Abwasserkanälen oder -leitungen, wenn hierbei nicht die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden;
38. das Errichten von Niederschlagswasser- oder Mischwasserentlastungsbauwerken;
39. das Errichten oder Erweitern von Abwassersammelgruben, ausgenommen
 - a) Anlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung des Deutschen Institutes für Bautechnik

- b) monolithische Sammelgruben aus Beton, die den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen;
40. das Betreiben oder Unterhalten von Abwassersammelgruben, wenn der Wasserbehörde nicht
- a) vor Inbetriebnahme,
 - b) bei bestehenden Anlagen innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieser Verordnung sowie
 - c) wiederkehrend alle fünf Jahre für Sammelgruben mit DIBt-Zulassung sowie Sammelgruben in monolithischer Bauweise oder alle drei Jahre für übrige Sammelgruben
- ein durch ein unabhängiges fachkundiges Unternehmen geführter Nachweis über die Dichtheit vorgelegt wird;
41. das Errichten, Erweitern, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten, ausgenommen Anlagen mit dichtem Behälter;
42. das Einleiten von Abwasser – mit Ausnahme von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 3 – in oberirdische Gewässer, sofern die Einleitung nicht schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung wasserrechtlich zugelassen war;
43. das Ausbringen von Schmutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder des § 54 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes;
44. das Einleiten oder Versickern von Schmutzwasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder des § 54 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser;
45. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen
- a) das breitflächige Versickern von Niederschlagswasserabflüssen von gering belasteten Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 3 über die belebte Bodenzone einer ausreichend mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik oder
 - b) mit wasserrechtlicher Erlaubnis,
- sofern die Versickerung außerhalb von Altlasten, Altlastenverdachtsflächen oder Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen und nur auf Flächen mit einem zu erwartenden Flurabstand des Grundwassers von 100 Zentimetern oder größer erfolgt;
46. das Anwenden von Auftaumitteln auf Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen auf Landes- und Kreisstraßen sowie bei Extremwetterlagen wie Eisregen;
47. das Errichten sowie der Um- oder Ausbau von Straßen oder Wegen, wenn hierbei nicht die allgemein anerkannten Regeln der Technik für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten eingehalten werden;
48. das Errichten von Bahnhöfen oder Schienenwegen der Eisenbahn;

49. das Verwenden von Baustoffen, Böden oder anderen Materialien, die auslaug- und auswaschbare wassergefährdende Stoffe enthalten (zum Beispiel Schlacke, Bauschutt, Teer, Imprägniermittel), für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen, zum Beispiel im Straßen-, Wege-, Deich-, Wasser-, Landschafts- oder Tiefbau;
50. das Einrichten oder Betreiben von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art, ausgenommen
 - a) Einrichtungen mit ordnungsgemäßer Abfall- und Abwasserentsorgung und
 - b) das Zelten von Fuß-, Rad-, Reit- und Wasserwanderern abseits von Zelt- und Campingplätzen für eine Nacht;
51. das Einrichten, Erweitern oder Betreiben von Sportanlagen, ausgenommen Anlagen mit ordnungsgemäßer Abfall- und Abwasserentsorgung;
52. das Errichten von Motorsportanlagen;
53. das Errichten von Schießständen oder Schießplätzen für Feuerwaffen, ausgenommen Schießstände in geschlossenen Räumen;
54. das Errichten von Golfanlagen;
55. das Abhalten oder Durchführen von Märkten, Volksfesten oder Großveranstaltungen außerhalb der dafür vorgesehenen Anlagen;
56. das Durchführen von Motorsportveranstaltungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen;
57. Bestattungen;
58. das Errichten von Flugplätzen im Sinne des § 6 Absatz 1 Satz 1 des Luftverkehrsgesetzes;
59. das Starten oder Landen motorgetriebener Luftfahrzeuge, mit Ausnahme in Fällen des § 25 Absatz 2 des Luftverkehrsgesetzes;
60. das Errichten von militärischen Anlagen, Standort- oder Truppenübungsplätzen;
61. das Durchführen von militärischen Übungen, ausgenommen das Durchfahren auf klassifizierten Straßen;
62. Bergbau einschließlich der Aufsuchung oder Gewinnung von Erdöl oder Erdgas;
63. das Durchführen von Sprengungen, sofern die Gefahr besteht, dass dabei das Grundwasser aufgedeckt wird;
64. die Neuausweisung von Industriegebieten;

65. die Darstellung von neuen Bauflächen oder Baugebieten im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung, wenn darin eine Neubebauung bisher unbebauter Gebiete vorgesehen wird;
66. die Festsetzung von neuen Baugebieten im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung, ausgenommen
 - a) Gebiete, die im zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung gültigen Flächennutzungsplan als Bauflächen oder Baugebiete dargestellt sind, und
 - b) die Überplanung von Bestandsgebieten, wenn dies zu keiner wesentlichen Erhöhung der zulässigen Grundfläche im Sinne des § 19 Absatz 2 der Baunutzungsverordnung führt.

§ 4 **Schutz der Zone II**

Die Verbote der Zone III gelten auch in der Zone II. In der Zone II sind außerdem verboten:

1. das Düngen mit Gülle, Jauche, Festmist, Gärresten, Wirtschaftsdüngern aus pflanzlichen Stoffen, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten, Pflanzenschutzmitteln, gütegesicherten Grünabfall- oder Bioabfallkomposten, Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse oder sonstigen organischen Düngern sowie die Anwendung von Silagesickersaft;
2. das Errichten oder Betreiben von Dunglagerstätten;
3. das Errichten oder Betreiben von Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Verwerten von Gülle, Jauche, Silagesickersaft, Gärresten und flüssigem Kompost;
4. die Silierung von Pflanzen oder Lagerung von Silage;
5. die Freilandtierhaltung im Sinne der Anlage 1 Nummer 1;
6. die Beweidung;
7. die Anwendung von Biozidprodukten außerhalb geschlossener Gebäude oder von Pflanzenschutzmitteln;
8. die Beregnung, ausgenommen die Tröpfchenbewässerung innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung;
9. das Errichten, Erweitern oder Erneuern von Dränungen oder Entwässerungsgräben;
10. der Einsatz von forstwirtschaftlichen Kraftfahrzeugen abseits von Straßen, Wegen oder forstwirtschaftlichen Rückegassen;
11. das Vergraben, Lagern oder Ablagern von Tierkörpern oder Teilen davon;
12. das Errichten oder Betreiben von Wildfütterungen, Kirrungen oder Luderplätzen;

13. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen;
14. der Einsatz von mineralischen Schmierstoffen zur Verlustschmierung oder von mineralischen Schalölen;
15. der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen;
16. das Errichten von Transformatoren oder Stromleitungen mit flüssigen wassergefährdenden Kühl- oder Isoliermitteln;
17. das Behandeln, Lagern oder Ablagern von Abfall, bergbaulichen Rückständen oder tierischen Nebenprodukten;
18. der Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes;
19. das Errichten, Erweitern, Sanieren oder Betreiben von Abwasserkanälen oder -leitungen, ausgenommen Anlagen, die zur Entsorgung vorhandener Bebauung dienen und wenn hierbei die allgemein anerkannten Regeln der Technik eingehalten werden;
20. das Errichten, Erweitern oder Betreiben von Abwassersammelgruben;
21. das Errichten, Erweitern, Aufstellen oder Verwenden von Trockentoiletten oder Chemietoiletten;
22. das Einleiten oder Versickern von Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Wasserhaushaltsgesetzes in den Untergrund oder in das Grundwasser, ausgenommen das breitflächige Versickern von Niederschlagswasserabflüssen gering belasteter Herkunftsflächen im Sinne der Anlage 1 Nummer 3 über die belebte Bodenzone einer mindestens 20 Zentimeter mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht;
23. das Errichten sowie der Um- oder Ausbau von Straßen, Wegen oder sonstigen Verkehrsflächen, ausgenommen
 - a) Baumaßnahmen an vorhandenen Straßen zur Anpassung an den Stand der Technik und zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unter Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik,
 - b) der Um- und Ausbau von Geh- oder Radwegen mit breitflächiger Versickerung der Niederschlagswasserabflüsse über die belebte Bodenzone einer mindestens 20 Zentimeter mächtigen und bewachsenen Oberbodenschicht;
24. das Errichten von öffentlichen Freibädern oder Zeltplätzen sowie Camping aller Art;
25. das Errichten von Sportanlagen;
26. das Abhalten oder Durchführen von Sportveranstaltungen, Märkten, Volksfesten oder Großveranstaltungen;
27. das Errichten von Baustelleneinrichtungen oder Baustofflagern;

28. das Durchführen von Bohrungen, ausgenommen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für das Grundwasser unter Beachtung der Sicherheitsvorkehrungen zum Grundwasserschutz;
29. das Durchführen von unterirdischen Sprengungen;
30. das Errichten oder Erweitern von baulichen Anlagen, ausgenommen Veränderungen in Gebäuden und Instandhaltungsmaßnahmen;
31. die Neuanlage oder Neubestückung von Baumschulen, forstlichen Pflanzgärten, Weihnachtsbaumkulturen sowie von gewerblichem Wein-, Hopfen-, Gemüse-, Obst- oder Zierpflanzenanbau.

§ 5

Schutz der Zone I

Die Verbote der Zonen III und II gelten auch in der Zone I. In der Zone I sind außerdem verboten:

1. das Betreten oder Befahren;
2. die baumschulische, landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche oder gartenbauliche Nutzung;
3. Veränderungen oder Aufschlüsse der Erdoberfläche.

§ 6

Maßnahmen zur Wassergewinnung und -verteilung

Die Verbote des § 3 Nummer 24, 43, 44 und 45 und des § 4 Nummer 13, 14, 15, 18, 20, 21, 26, 27, 28 und 29 sowie des § 5 Nummer 1 und 3 gelten nicht für Maßnahmen zur Wassergewinnung und Wasserverteilung aus der Wasserfassung, die durch diese Verordnung geschützt ist.

§ 7

Widerruf von Befreiungen

- (1) Befreiungen nach § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sind widerruflich und bedürfen der Schriftform. Abweichend von Satz 1 ist eine Befreiung von den Verboten gemäß § 3 Nummer 65 und 66 nicht widerruflich.
- (2) Im Fall des Widerrufs einer Befreiung kann die untere Wasserbehörde vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wiederhergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, erfordert.

§ 8

Sicherung und Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes

- (1) Die Zone I ist vom Begünstigten auf Anordnung der unteren Wasserbehörde gegen unbefugtes Betreten, zum Beispiel durch eine Umzäunung, zu sichern.

- (2) Der Begünstigte hat auf Anordnung der unteren Wasserbehörde zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen bei der Straßenverkehrsbehörde die Anordnung des Richtzeichens 354 zu beantragen und im Bereich nichtöffentlicher Flächen in Abstimmung mit der Gemeinde nichtamtliche Hinweiszeichen aufzustellen.

§ 9 Duldungspflichten

- (1) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet haben die Überwachung des Wasserschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Beachtung dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie das Beobachten der Gewässer und des Bodens durch die zuständigen Wasserbehörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zu dulden.
- (2) Die Eigentümer oder Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Wasserschutzgebiet sind auf Anordnung der unteren Wasserbehörde verpflichtet,
1. das Errichten und Unterhalten von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
 2. das Aufstellen, Unterhalten und Beseitigen von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotsschildern,
 3. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden, den Begünstigten oder deren Beauftragte zum Beobachten, Messen und Untersuchen des Grundwassers und zur Entnahme von Boden- und Vegetationsproben sowie
 4. das Anlegen und Betreiben von Grundwassermessstellen,
- zu dulden. Die Anordnung erfolgt durch schriftlichen Bescheid gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der zuständigen Bergbehörde.
- (3) Auf Verlangen der Wasserbehörde ist Einsicht in die Aufzeichnungen nach § 3 Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 11 Buchstabe c und Nummer 12 Buchstabe c dieser Verordnung zu gewähren oder diese unverzüglich vorzulegen.

§ 10 Übergangsregelung

- (1) Für bei Inkrafttreten dieser Verordnung errichtete und betriebene Anlagen gilt das Verbot des Betriebes gemäß § 3 Nummer 3, 4, 5 und 7 nach einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.
- (2) Für bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehende Einleitungen oder Versickerungen von Niederschlagswasserabflüssen von mittel oder hoch belasteten Herkunftsflächen in den Untergrund ohne wasserrechtliche Erlaubnis gilt das Verbot des § 3 Nummer 45 nach einem Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung.
- (3) Für bei Inkrafttreten dieser Verordnung bestehende Tröpfchenbewässerungen gilt das Verbot des § 4 Nummer 8 nach zwei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 103 Absatz 1 Nummer 7a des Wasserhaushaltsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach den §§ 3, 4 oder 5 verbotene Handlung ohne eine Befreiung gemäß § 52 Absatz 1 Satz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vornimmt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu Fünzigtausend Euro geahndet werden.

§ 12

Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften

Eine Verletzung der in § 16 Absatz 1 und 3 des Brandenburgischen Wassergesetzes genannten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Angabe der verletzten Rechtsvorschrift und des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung gegenüber dem Ordnungsgeber geltend gemacht worden ist. Mängel im Abwägungsvorgang sind nur dann beachtlich, wenn sie offensichtlich und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss gewesen sind und die Mängel in der Abwägung innerhalb von vier Jahren nach Inkrafttreten der Rechtsverordnung unter den in Satz 1 genannten Voraussetzungen geltend gemacht worden sind.

§ 13

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

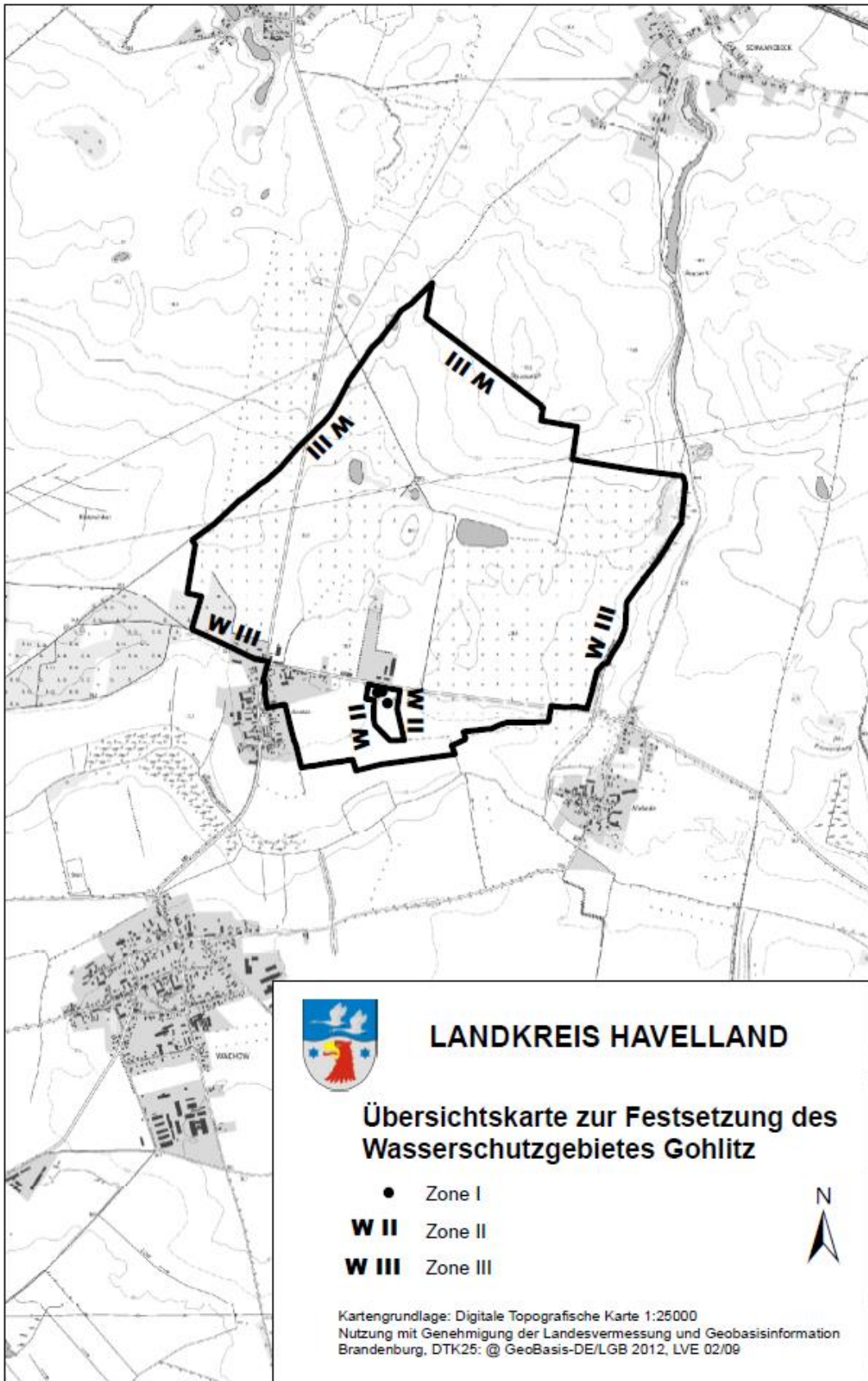
Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten das mit Beschluss Nummer 134 vom 22. Dezember 1983 des Kreistages Nauen festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet Gohlitz und die Allgemeinverfügung zur vorläufigen Anordnung des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Gohlitz vom 19. Januar 2015 außer Kraft.

Rathenow, den 30.08.2023

gez.
i.V. Michael Koch

Der Landrat des Landkreises Havelland

Die Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Gohlitz ist im Original mit der Übersichtskarte beim Landkreis Havelland niedergelegt und kann während der üblichen Dienstzeiten beim Landkreis Havelland, Dienststelle Nauen, Goethestraße 59/60, untere Wasserbehörde, Zimmer 329, eingesehen werden.



Öffentliche Bekanntmachung

einer Sitzung des Kreisausschusses

Datum: Montag, den 25.09.2023

Beginn: 16:15 Uhr

Ort: Landkreis Havelland, DS Nauen, Sitzungssaal 225, Goethestr. 59/60, 14641 Nauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung/Feststellung der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwendung/en gegen die Niederschrift
3. Einwohnerfragestunde
4. Bestellung einer Prüferin/eines Prüfers des Amtes für Kommunalaufsicht, Rechnungs- und Gemeindeprüfung gem. § 101 BbgKVerf **BV-0398/23**
5. Berufung der Kreiswahlleitung für die kommunalen Wahlen gemäß § 15 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG) **BV-0421/23**
6. Festlegung der Zahl und der Abgrenzung der Wahlkreise für die Wahl des Kreistages Havelland am 9. Juni 2024 **BV-0420/23**
7. Vorschlag an den Landeswahlleiter für die Berufung der Kreiswahlleitung zur Landtagswahl am 22. September 2024 für den Wahlkreis 4 **BV-0418/23**
8. Vorschlag an den Landeswahlleiter für die Berufung der Kreiswahlleitung zur Landtagswahl am 22. September 2024 für den Wahlkreis 5 und 6 **BV-0419/23**
9. Halbjahresbericht 2023 § 29 KomHKV **MV-0067/23**
10. Änderung der "Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur des ÖPNV in den Städten und Gemeinden des Landkreises Havelland und in Fahrzeugen des ÖPNV". **BV-0399/23**
11. Vierte Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages vom 07.10./12.10.2015 zuletzt geändert mit der dritten Ergänzung in der Fassung vom 01.09.2020 zur Umsetzung des Deutschlandtickets **BV-0400/23**
12. Dienstleistungsvergabe: Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Havelland **BV-0394/23**
13. Dienstleistungsvergabe: Planungsleistungen Erweiterungsbau Kooperationsschule Friesack **BV-0403/23**
14. Abschluss eines Enterprise Agreement Vertrages für die Laufzeit von 36 Monaten zur Bereitstellung von Microsoft Lizenzen (DI-ZVST-BW-22/2023) **BV-0401/23**

- | | | |
|-----|--|-------------------|
| 15. | Kauf und Lieferung von 2 Kleineinsatzfahrzeugen (KEF) | BV-0395/23 |
| 16. | Antrag auf Überprüfung der Machbarkeit der Gründung von Kreiswerken im Havelland (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) | BA-0070/23 |
| 17. | Antrag auf Überprüfung der Machbarkeit der Kosten der Subventionierung des Deutschlandtickets für Schüler*innen (Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI; B90/Grüne) | BA-0071/23 |
| 18. | Verschiedenes | |

Nichtöffentlicher Teil:

19. Einwendung/en gegen die Niederschrift
20. Sonstiges

Beschlussvorlagen:

BV-0398/23

Bestellung einer Prüferin/eines Prüfers des Amtes für Kommunalaufsicht, Rechnungs- und Gemeindeprüfung gem. § 101 BbgKVerf

Der Kreistag beschließt:

Herrn Thomas Schultze

ab dem 1. Oktober 2023 zum Prüfer des Amtes für Kommunalaufsicht, Rechnungs- und Gemeindeprüfung zu bestellen.

BV-0421/23

Berufung der Kreiswahlleitung für die kommunalen Wahlen gemäß § 15 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz (BbgKWahlG)

Der Kreistag beruft als Kreiswahlleiter für die kommunalen Wahlen gemäß § 15 BbgKWahlG

Herrn

Nils Hinnerk Ahrens

und als dessen Stellvertreter

Herrn

Jan Kubitzka.

BV-0420/23

Festlegung der Zahl und der Abgrenzung der Wahlkreise für die Wahl des Kreistages Havelland am 9. Juni 2024

Der Kreistag beschließt:

Das Wahlgebiet des Landkreises Havelland für die Kreistagswahl am 9. Juni 2024 wird in 4 Wahlkreise mit nachfolgender Abgrenzung eingeteilt:

Wahlkreis 1: Stadt Rathenow, Stadt Premnitz, Gemeinde Milower Land

Wahlkreis 2: Amt Rhinow, Amt Friesack, Amt Nennhausen, Stadt Nauen, Stadt Ketzin/Havel

Wahlkreis 3: Gemeinde Schönwalde-Glien, Gemeinde Brieselang, Gemeinde Dallgow-Döberitz, Gemeinde Wustermark

Wahlkreis 4: Stadt Falkensee

BV-0418/23

Vorschlag an den Landeswahlleiter für die Berufung der Kreiswahlleitung zur Landtagswahl am 22. September 2024 für den Wahlkreis 4

Der Kreisausschuss schlägt dem Landeswahlleiter gemeinsam mit dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin zur Berufung in das Amt des Kreiswahlleiters für den Wahlkreis 4 (Ostprignitz-Ruppin III/Havelland III)

Herrn

Nils Hinnerk Ahrens

und in das Amt des Stellvertreters

Herrn

Henry Zunke

vor.

BV-0419/23

Vorschlag an den Landeswahlleiter für die Berufung der Kreiswahlleitung zur Landtagswahl am 22. September 2024 für den Wahlkreis 5 und 6

Der Kreisausschuss schlägt dem Landeswahlleiter zur Berufung in das Amt des Kreiswahlleiters für den Wahlkreis 5 (Havelland I) und 6 (Havelland II)

Herrn

Jan Kubitza

und für das Amt des Stellvertreters

Herrn

Daniel Binder

vor.

BV-0399/23

Änderung der "Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur des ÖPNV in den Städten und Gemeinden des Landkreises Havelland und in Fahrzeugen des ÖPNV".

Der Kreistag beschließt die inhaltliche Neugestaltung, sowie den angepassten Titel der genannten Richtlinie in „Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Infrastruktur des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in den Städten und Gemeinden des Landkreises Havelland“.

BV-0400/23

Vierte Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages vom 07.10./12.10.2015 zuletzt geändert mit der dritten Ergänzung in der Fassung vom 01.09.2020 zur Umsetzung des Deutschlandtickets

Der Kreistag des Landkreises Havelland beauftragt den Landrat, die anliegende vierte Ergänzung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages vom 07.10./12.10.2015 zuletzt geändert mit der dritten Ergänzung in der Fassung vom 01.09.2020 zur Umsetzung des Deutschlandtickets mit der Havelbus Verkehrsgesellschaft mbH abzuschließen.

BV-0394/23

Dienstleistungsvergabe: Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Havelland

Der Kreisausschuss beschließt, den Zuschlag in dem Vergabeverfahren „Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Havelland“ an folgenden Bieter zu erteilen:

UmweltPlan Stralsund GmbH

**Tribseer Damm 2
18437 Stralsund**

BV-0403/23

Dienstleistungsvergabe: Planungsleistungen Erweiterungsbau Kooperationsschule Friesack

Der Kreistag beschließt,

den Auftrag für Los 1 „Objekt- und Tragwerksplanung“ dem Büro

Galandi Schirmer | Architekten und Ingenieure GmbH

**Bismarckstraße 98
10625 Berlin,**

den Auftrag für Los 2 „Planung Heizung, Lüftung, Sanitär“ dem Büro

Grütmacher Ingenieurgesellschaft für Technische Gebäudeausrüstung mbH

**An der Autobahn 10
16547 Birkenwerder**

den Auftrag für Los 3 „Elektroplanung“ dem Büro

tetra ingenieure GmbH

**Rosa-Luxemburg-Straße 30
16816 Neuruppin**

zu erteilen.

BV-0401/23

Abschluss eines Enterprise Agreement Vertrages für die Laufzeit von 36 Monaten zur Bereitstellung von Microsoft Lizenzen (DI-ZVST-BW-22/2023)

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag zur Erneuerung des Microsoft Lizenzvertrages über die Microsoft Rahmenvereinbarungen des Bundes und des Landes Brandenburg (Enterprise Agreement und Select Plus) der

SoftwareOne Deutschland GmbH
Blochstraße 1
04329 Leipzig,

zu erteilen.

BV-0395/23

Kauf und Lieferung von 2 Kleineinsatzfahrzeugen (KEF)

Der Kreistag beschließt den Zuschlag im Vergabeverfahren über den Kauf und die Lieferung von 2 Kleineinsatzfahrzeugen an die Firma

Rettungstechnik Doll GmbH
Grundweg 19
39218 Schönebeck

zu erteilen.

BA-0070/23

Antrag auf Überprüfung der Machbarkeit der Gründung von Kreiswerken im Havelland (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI)

Der Kreistag beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt die Machbarkeit der Gründung kreiseigenen Unternehmens mit den Geschäftsfeldern Energieerzeugung, Energiespeicherung und Netzbetrieb (Kreiswerke) zu prüfen.
2. Des Weiteren wird der Landrat beauftragt zu prüfen, inwieweit evtl. andere kreiseigene Betriebe darin integriert werden können.
3. Falls die Machbarkeit der Gründung von Kreiswerken gegeben ist, wird der Landrat ebenfalls damit beauftragt eine Wirtschaftlichkeitsanalyse durchzuführen.
4. In diesem Prozess sind die Kommunen des Landkreises Havelland einzubeziehen.

BA-0071/23

Antrag auf Überprüfung der Machbarkeit der Kosten der Subventionierung des Deutschlandtickets für Schüler*innen (Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI; B90/Grüne)

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt zu prüfen, welche Kosten dem Landkreis entstehen, wenn die bisherige Satzung über die Schülerbeförderung dahingehend geändert wird, dass Schülerinnen und Schülern im Havelland das 49-Euro-Ticket für 9 Euro im Monat zur Verfügung gestellt wird.

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Schülertickets zu den bisherigen Konditionen soll erhalten bleiben.

Informationen zum jeweiligen Sachverhalt können im Ratsinformationssystem des Landkreises Havelland unter <https://ratsinfo.havelland.de/bi/> sowie in den Bürgerservicebüros des Landkreises Havelland eingesehen werden.

Öffentliche Bekanntmachung

einer Sitzung des Ausschusses für Finanzen/ Beteiligungen/ Vergaben/ Rechnungsprüfung

Datum: Dienstag, den 26.09.2023

Beginn: 17:15 Uhr

Ort: Landkreis Havelland, DS Nauen, Sitzungssaal 225, Goethestr. 59/60, 14641 Nauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung/Feststellung der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwendung/en gegen die Niederschrift
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushaltsentwurf 2024 - Ansatzbildung für die allgemeine Kreisumlage **MV-0074/23**
und die Schlüsselzuweisungen - Wirkung der Orientierungsdaten vom
30.06.2023
5. Haushaltssatzung des Landkreises Havelland 2024 **BV-0422/23**
6. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

7. Einwendung/en gegen die Niederschrift
8. Sonstiges

Beschlussvorlagen:

BV-0422/23

Haushaltssatzung des Landkreises Havelland 2024

Der Kreistag des Landkreises Havelland beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024.

Informationen zum jeweiligen Sachverhalt können im Ratsinformationssystem des Landkreises Havelland unter <https://ratsinfo.havelland.de/bi/> sowie in den Bürgerservicebüros des Landkreises Havelland eingesehen werden.